

ARBEITSKRÄFTS EMANZIPATION

Stellungnahme zur Familienpolitik der CDU/CSU

Die CDU/CSU hat mit dem heutigen Referat von Frau Brauksiepe im Hamburg ihren Wahlkampf mit Reformvorschlägen zur bisherigen Familienpolitik begonnen. Frau Brauksiepe stellt den gegenwärtigen Stand der familienpolitischen Situation in der Bundesrepublik dar, für den die CDU/CSU als herrschende Regierungspartei die alleinige Verantwortung trägt. Die CDU/CSU hat richtig erkannt, welche entscheidende Rolle die Familie für unsere gesellschaftlichen Verhältnisse spielt:

" die Familie als Garant des Fortbestands der Ungleichheit unter den Menschen" muß erhalten bleiben, um die Herrschaft von Wenigen über die Mehrzahl der Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

I.

Zusammenhang zwischen Familienherkunft und Bildungschancen der Kinder

Die Ausbildung aller Kinder nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen liegt im Interesse der gesamten Gesellschaft. Trotzdem müssen ausschließlich die Eltern für die Ausbildung ihrer Kinder aufkommen. Da die Eltern von Arbeiterkindern nur ein sehr niedriges Einkommen haben und sich risikoreiche Bildungsinvestitionen in ihre Kinder nicht leisten können, sind deren Kinder folglich extrem benachteiligt. Das zeigt sich deutlich am Anteil der Arbeiterkinder an den Schülern der Oberschulen (6,4 %) und den Studenten (4 % Arbeitersöhne, 2% Arbeiter-töchter).

Die Vorschläge des Familienministeriums zu Ausbildungsförderungsgesetz beweisen, daß die CDU trotz ihrer Behauptung, sie wolle demnächst eine " kindbezogene Familienpolitik" treiben, die Verhältnisse so belassen will, wie sie sind. Man bedenke, daß nur den Kindern eine volle Ausbildungsunterstützung zugesichert werden soll, deren Eltern in einer Einkommensgrenze unter 700DM liegen!

Kinder aus der Arbeiterklasse und den unteren Mittelschichten, die aus kinderreichen Familien stammen, haben überhaupt keine Chance, jemals eine weiterführende Schule zu besuchen.

... und der ...

... wenn nicht ...

... die Kinder ...

Die Kindergelder und der "Familienlastenausgleich" sind so gering bemessen, daß davon nicht einmal der notwendigste Lebensunterhalt für die Kinder bestritten werden kann. Die CDU vertröstet die Wähler mit einer geringfügigen Verbesserung erst ab 1972.

Wer aufgrund dieses Sachverhalts der CDU bei den Bundestagswahlen zur Mehrheit verhilft, wählt gegen die Ausbildungsinteressen seiner Kinder.

Der Arbeitskreis Emanzipation ist sich bewußt, daß sich auch die übrigen im Bundestag vertretenen Parteien von den familienpolitischen Augenwischereien der CDU/CSU in nichts mehr unterscheiden. Er kämpft deshalb im Rahmen der Außerparlamentarischen Opposition für eine familienunabhängige Ausbildung. Wir fordern eine Ausbildung der Kinder und Jugendlichen, die beinhaltet

- Unabhängigkeit von der sozialen Herkunft,
- Unabhängigkeit von dem Willen der Eltern, soweit sie die herrschenden Bildungsbarrieren verinnerlicht haben,
- Unabhängigkeit von staatlich - finanziellen Zuwendungen, soweit sie mit zusätzlichen Leistungsanforderungen verbunden sind.

Der Arbeitskreis tritt ein für eine Ausbildung, die ermöglicht:

- die Gewährung gleicher Chancen für die Kinder unterprivilegierter Schichten,
- eine nicht-repressive Erziehung, die zu einer Emanzipation der Jugendlichen führen könnte,
- die Durchbrechung der Bildungsbarrieren im Schulsystem und den Aufbau einer horizontal gegliederten und polytechnisch orientierten Gesamtschule.

II.

Zur Unterdrückung der Frau im herrschenden Familiensystem

"Es ist ganz unbestreitbar, daß der sozialgeschichtlich gesehene ungemein eindrucksvolle Aufstieg, den die Frauen in diesem Jahrhundert genommen haben, Auswirkungen auf Familie und Ehe haben muß" (Brauksiepe). Dieser "ungemein eindrucksvolle Aufstieg" erweist sich bei näherem Hinsehen als eindrucksvoll miserabel:

Aufgrund ihrer im allgemeinen schlechteren Ausbildung hat die Frau im Produktionsprozeß nur Lückenbüßerfunktion.

Ungefähr 54 % der erwerbstätigen Frauen sind als angelernte

und ungelernte Arbeiterinnen tätig. Sie werden schlechter bezahlt als die Männer und müssen eine nicht einmal den Männern zugemutete Arbeit leisten.

Mit über 50 % sind die Frauen heute in den Dienstleistungsberufen tätig und werden verstärkt für diese ausgebildet. Da durch die Automation auf diesem Sektor immer weniger Arbeitskräfte gebraucht werden, wird die Frau als erste ihre Arbeitsplätze verlieren.

Der Arbeitskreis Emanzipation fordert:

Gleiche polytechnische Ausbildung für Männer und Frauen, damit endlich die geschlechtsspezifische Ausbeutung ein Ende findet, als ersten Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Ausbeutung des Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft.

Im Haushalt werden täglich von Millionen Frauen unbezahlte Arbeit geleistet. Sehr richtig steht im Frauenbericht der Bundesregierung: "Vergleicht man die 52 Mrd. Arbeitsstunden im Haushalt mit der Zahl der in den Wirtschaftsbereichen geleisteten Arbeitsstunden von insgesamt 60 bis 65 Mrd. pro Jahr, so läßt sich die Bedeutung erkennen, die der Hausarbeit in einer wirtschaftlichen Betrachtung beizumessen ist." Die Bundesregierung versteht es dann, in übler Manier nachzuweisen, warum sich für Hausarbeit kein Geldwert errechnen läßt. Man will es nicht, um in der bestehenden Familienstruktur die Frau als kostenlose Arbeitskraft weiterhin auszubeuten.

Der AK Emanzipation fordert:

Einrichtungen, die die Arbeit der Hausfrau und Mutter nach und nach überflüssig machen: Kinderkrippen, Kindertagesstätten, Großwäschereien, Großküchen, Vorschulen und Ganztagschulen. Solange die Arbeit der Hausfrau nicht auf ein Minimum beschränkt ist, fordern wir die Bezahlung der Hausfrauenarbeit!

Die materielle Unabhängigkeit der Frau vom Mann ermöglicht erst eine partielle Selbständigkeit der Frau.

Das Müttergenesungswerk, das vor allem von psychisch erschöpften, kranken und alten Frauen in Anspruch genommen wird, hat nur Alibifunktion für die frauenfeindliche Familienpolitik der CDU. Um den Frauen nicht erst dann zu helfen, wenn sie total kaputt sind, fordert der Arbeitskreis Emanzipation bezahlten Urlaub für alle Hausfrauen und Mütter!

Der Arbeitskreis Emanzipation fordert die Frauen, die mit ihren Stimmen bisher immer der CDU/CSU zum Wahlsieg verholfen haben, auf: nicht länger den leeren Wahlversprechungen der regierenden Parteien Glauben zu schenken.

Erst eine Selbstorganisation aller Frauen kann unsere Interessen und Bedürfnisse verwirklichen. Für die Interessen der Frauen werden wir im Rahmen der Außerparlamentarischen Opposition kämpfen.

Arbeitskreis Emanzipation der Frau
im Republikanischen Club Hamburg